



GEW fordert angesichts aktueller Ausbildungszahlen der Bundesagentur für Arbeit Ausbildungsgarantie

// Die Corona-Pandemie macht die Probleme bei der Ausbildung wie unter einem Brennglas deutlich sichtbar. Die Corona-Krise darf sich nicht zu einer Ausbildungskrise entwickeln, so die GEW in einer Pressemitteilung im Herbst 2020. //

Die BA hatte für das Jahr 2019/20 einen deutlichen Rückgang der Berufsausbildungsstellen gegenüber dem Vorjahr um 7,3 Prozent auf 530.000 gemeldet. Grund für diese Entwicklung sei vor allem die Corona-Pandemie. Gleichzeitig gab es 7,6 Prozent weniger Bewerberinnen und Bewerber.

Hinzu kommt: mehr als 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 34 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Obwohl die Arbeitgeber stets vor einem Fachkräftemangel gewarnt haben, nutzten sie nicht alle Möglichkeiten, die Ausbildung zu stabilisieren. Deshalb haben 2019 gut 255.000 junge Menschen keine Ausbildung bekommen und sind auf Bildungsgänge im sogenannten Übergangssystem angewiesen. Die GEW setzt sich deswegen für eine Ausbildungsgarantie ein – die analog zu Österreich bei vergleichbaren Bildungsbedingungen gut funktionieren kann.

Nur noch knapp ein Fünftel aller Betriebe bildet aus und der Anteil der Ausbildungsverhältnisse an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sinkt bedenklich. Ausbildungswillige Unternehmen sollten deswegen mit einer Ausbildungsplatzumlage gestärkt werden. Außerdem muss die Qualität der

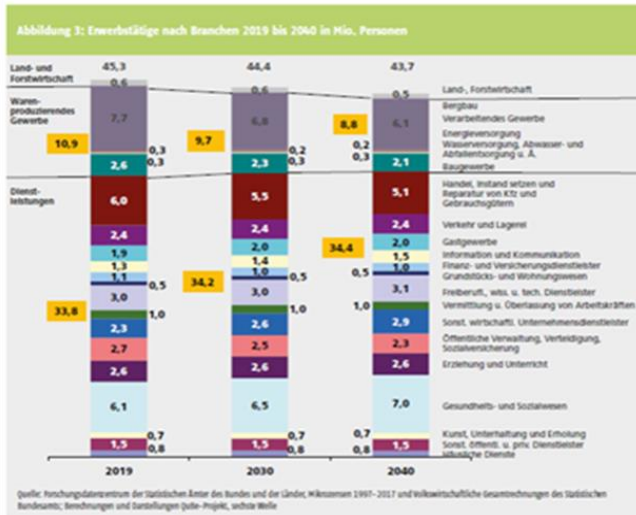
Ausbildung verbessert werden, so die GEW. Immer noch gibt es in einzelnen Branchen hohe Abbrecherquoten. Auch die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ müsse in diesen Fragen deutliche Fortschritte erzielen.

Hinzu kommt, dass die in den vergangenen Jahren nach Deutschland geflüchteten Menschen besser qualifiziert werden müssen – auch in den nicht-dualen Berufen. Denn: Gesellschaftliche Teilhabe über Bildung, berufliche Qualifizierung und ein Arbeitsplatz sind die Grundlagen für eine gelingende Integration. Die BA-Zahlen beleuchten ferner nur das sogenannte Duale System. Es ist jedoch wichtig, zusätzlich auch die schulischen Berufsausbildungen insbesondere in den Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen zu beachten und diese zu stärken. Knapp 190.000 junge Menschen haben sich für eine solche Ausbildung entschieden. Sie sind ein wichtiger Teil des Ausbildungsmarktes und der Berufsentwicklung in Deutschland – auch wenn die Ausbildung nicht sozialversicherungspflichtig ist.

BIBB stellt Prognose zum Ausscheiden der Babyboomer und Folgen der Covid-19-Pandemie auf

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine [Prognose](#) zur voraussichtlichen Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts bis zum Jahr 2040 unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung sowie der Corona-Krise aufgestellt. Demzufolge wird die Branche „Gesundheits- und Sozialwesen“ mit rund sieben Millionen Personen die mit

Abstand meisten Erwerbstätigen stellen und von Engpässen auf Fachkräfteebene geprägt sein. Im Bereich der Erziehung und des Unterrichts bleibt die Anzahl der Beschäftigten bei 2,6 Millionen, hingegen nimmt die Erwerbstätigkeit im „Verarbeitenden Gewerbe“ zwischen 2019 und 2040 um rund 1,6 Millionen Personen ab. Hier wirkt die nachlassende Dynamik der Exporte und auch der Anpassungsprozess in Einzelbranchen wie der Automobilindustrie.



Quelle: BIBB Report 04/2020, Abbildung 3

Die GEW fordert, dass die vollzeitschulischen Berufe, die durch die Entwicklungen an Bedeutung gewinnen werden, stärkere Beachtung und Aufwertung erfahren sollen. Der vor allem durch Frauen geprägte Bereich ist bestimmt von Unterbezahlung, hoher Belastung und atypischen Arbeitszeiten. Ausbildungen müssen gefördert, besser entlohnt und vom ersten Ausbildungstag an sozialversicherungspflichtig werden.

Wirtschaftsleistung durch Corona um drei Jahre zurückgeworfen

Der BIBB-Report zeigt auf, dass die Folgen der COVID-19-Pandemie die Wirtschaftsleistung langfristig um drei Jahre zurückgeworfen werden. Trotz der Kurzarbeit wird aufgrund der Corona-Pandemie auch die Erwerbslosigkeit kurzfristig ansteigen. In den Jahren 2020 und 2021 werden jeweils rund 600.000 Erwerbstätige weniger benötigt, als dies ohne Corona der Fall gewesen wäre. Vor allem im Gastgewerbe ist die Beschäftigung eingebrochen, BIBB und IAB prognostizieren jedoch eine Stabilisierung der Erwerbstätigkeit ab 2022. In der Dienstleistungsbranche verliert vor allem die Branche „Handel, Instandsetzen und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ an Erwerbstätigenanteilen.

Trotz dieser Einbrüche soll die Zahl der Erwerbslosen langfristig zurückgehen, so der BIBB-Report. Das Ausscheiden der Babyboomer-Generation aus dem Erwerbsleben senkt die Zahl der Erwerbspersonen und erhöht zugleich die Zahl der zu versorgenden Personen. Während derzeit knapp fünf Personen im erwerbsfähigen Alter einer Person über 70 Jahren gegenüberstehen, sind es im Jahr 2040 nur noch drei Personen.

Neben dem Gesundheitssektor nimmt die Erwerbstätigkeit auch bei „freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistern“ und „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistern“

kontinuierlich zu, so die BIBB-Prognose für 2040. Vermehrte Selbständigkeit wird die Sozialpartner verstärkt vor die Herausforderung stellen, gute und tarifliche Arbeitsverhältnisse zu sichern.

EU-Bildungsbericht 2020: Digitale Kompetenzen gezielt fördern!

Die GEW ist von den jüngst veröffentlichten Befunden des EU-Bildungsberichts nicht überrascht. Dieser hatte ergeben, dass zwischen und innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten weiterhin große Unterschiede bezüglich der digitalen Infrastruktur bestehen. Viele der so genannten „digital natives“ verfügten nicht über ausreichende digitale Kompetenzen. Über 15% zeigten sogar unzureichende digitale Kompetenzen, so die EU-Kommission. Lehrkräfte der Sekundarstufe I erhielten selten Schulungen in Informations- und Kommunikationstechnologien und Lehrkräfte insgesamt hätten einen starken Bedarf an Weiterbildungsangeboten. Rund ein Drittel der Jugendlichen in Deutschland (33,2 Prozent) verfügen lediglich über Grundkenntnisse im Umgang mit digitalen Medien, während nur 1,9 Prozent der Jugendlichen hier Höchstwerte erreicht. Die Ergebnisse für Deutschland bewegen sich knapp über dem EU-Durchschnitt. Die Daten zu den digitalen Kompetenzen von Achtklässlern beziehen sich auf die ICILS-Studie 2018. Die Vorstandsbereiche Berufliche Bildung und Weiterbildung sowie Schule der GEW sehen darin eine Bestätigung der Befunde der im Frühjahr durchgeführten [Mitgliederbefragung zu Digitalisierung](#) an Schulen. Schon lange fordert die GEW, dass mehr in die Fortbildung von Lehrkräften in Digitalisierungsfragen investiert wird. Lehrkräfte zeigen große Fortbildungsbereitschaft. Sie müssen aber auch die zeitlichen Ressourcen bekommen, um an Fortbildungen teilzunehmen. Insgesamt stagniert der Anteil der Erwachsenen, die an Weiterbildungen teilnehmen, in Deutschland. Bis 2020 sollen durchschnittlich mindestens 15 Prozent der Erwachsenen in der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen an formalen oder nichtformalen Lernaktivitäten teilnehmen. Deutschland liegt mit 8,2 Prozent im Jahr 2019 unter dem Zielwert von 15 Prozent und unter dem EU Durchschnitt von 11,3 Prozent. Hier zeigt sich enormer Nachholbedarf, auch in der Stärkung der Weiterbildungskultur, wie sie die Nationale Weiterbildungsstrategie verfolgt.

Die Frage der digitalen Kompetenzen ist auch eine soziale Frage und zeigt den *digital divide* auf. Während 84% der Menschen mit einem hohen formellen Bildungsabschluss über grundlegende oder höhere digitale Kompetenzen verfügen, liegt dieser Wert bei Menschen mit niedrigeren oder keinen formellen Bildungsabschlüssen nur bei 32% und bei Arbeitslosen bei 44%. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und einem guten Einkommen hängt im zunehmenden Maße von den digitalen Kompetenzen ab, die den Menschen eben nicht in die Wiege gelegt werden, sondern erlernt werden müssen. Hier müssen Weiterbildungsangebote ansetzen und gefördert werden. Arbeitgeber, Länder und Bundesregierung sind gefordert, die Weiterbildungskultur zu fördern, die gebotenen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen und entsprechende Freistellungen zu erhöhen – flächendeckend und auch für Auszubildende.